

LOBBYING FÜR DIE FREIEN BERUFE!

BRAUCHT DIE KWT EINE STÄNDIGE VERTRETUNG IN BRÜSSEL?



FRANZ X. PRIESTER

WP/StB, Präsident Vereinigung
Österreichischer Wirtschaftstreuhänder

Der Gegenwind für die Freien Berufe und der Ruf nach Deregulierung nehmen in den letzten Jahren vehement zu. Die OECD¹ und auch die Europäische Kommission weisen seit Jahren fast „gebetsmühlenartig“ immer wieder auf die notwendige Deregulierung, vor allem bei den Freien Berufen im Dienstleistungssektor hin. Dies wird auch in den „Country Notes“ 2015 über Österreich bekräftigt: „Reduce barriers to competition in professional services and retail trade. Restrictive regulations (including self-imposed ones) in many services hinder competition and productivity growth.“

Dass dies aus meiner Sicht nicht der Realität entspricht, sondern die „Freiberufler“ als Rückgrat und Vermittler zwischen dem regulierenden Gesetzgeber und der Normunterworfenen agieren, habe ich bereits im Wirtschaftstreuhänder 01/2016 hingewiesen und auch den österreichischen Beitrag „Wachstum ohne Schulden“² von Böheim/Pichler kritisiert. Es wird dabei offensichtlich übersehen, bzw. falsch beurteilt, dass der Steuerberater bereits in den letzten Jahren der Deregulierungswelle zum Opfer gefallen ist. Seine jahrzehntelangen Vorbehaltsaufgaben im Bereich Rechnungswesen und Jahresabschlusserstellung wurden durch die Schaffung der Buchhaltungsgewerbe drastisch reduziert, bzw. sind weggefallen³. Dem Steuerberater ist als **Vorbehaltsaufgabe nur mehr das Vertretungsrecht gegenüber den Abgabenbehörden verblieben**, das er neben den Rechtsanwälten noch ausüben darf. Er steht damit im Rechnungswesen im vollem Wettbewerb mit den verschiedenen Buchhaltungsgewerben und im Vertretungsrecht mit den Anwälten und Notaren. Ich wüsste nicht, wo man hier noch deregulieren könnte?

Die Steuerberater werden aber in der Zwischenzeit unter dem Aufhänger der „Panama Papers“ auch vom Europäischen Parla-

ment diskreditiert. Hier liest man u.a. im „Bericht des Sonderausschusses des EU-Parlaments zu Steuervorbescheiden.“ folgende

VORSCHLÄGE:

...ist besorgt über den **Mangel an Transparenz und angemessener Dokumentation** innerhalb der Finanzinstitute und Anwaltskanzleien bezüglich der konkreten Konstrukte zu Eigentum an und der Kontrolle über Unternehmen, die die **Steuer- und Rechtsberater empfehlen...**

...fordert die Kommission auf, einen **EU-Verhaltenskodex für alle Beratungsdienste** vorzulegen, einschließlich einer **Unvereinbarkeitsregelung für Steuerberater...**

...Notwendigkeit **konkreter Sanktionen ... aggressiver Steuerplanungs- oder Steuerhinterziehungsstrategien beteiligt sind ... fordert Möglichkeit einer anteilmäßigen finanziellen Haftung für Steuerberater...**

Diese Maßnahmen sind bei Hinterziehungsstrategien verständlich, nur wo hört die Steuerplanung und Steuerberatung auf? Aus meiner Sicht ist eine Kampagne gegen die rechtsberatenden Freien Berufe im Gang, der man dringend entgegentreten muss.

Dies haben andere rechtsberatende Freie Berufe bereits seit Jahren begonnen: Seit 1997 betreibt die Notariatskammer ein ständiges Büro in Brüssel mit dem Ziel, möglichst frühzeitig in europäische Gesetzgebungsvorhaben eingebunden zu werden. Gleichzeitig trägt ein regelmäßiger, frühzeitiger und zielgerechter Informationsfluss über EU-Vorhaben des Büros Brüssel an Österreichs Notare zur Verbesserung des notariellen Dienstleistungsangebots für Bürger und Unternehmen bei. Seit 1996 besteht auch vom

Österreichischen Rechtsanwaltskammertag eine ständige Vertretung in Brüssel als Gemeinschaftsbüro mit der Deutschen Bundesrechtsanwaltskammer, mit den Law Societies, dem Consiglio Nazionale Forense und der Liechtensteinischen Rechtsanwaltskammer. Gemeinsam vertreten die Organisationen die Interessen von rund 300.000 Anwälten. Ziel des gemeinsamen Büros ist es die Interessen zu bündeln, zu beobachten und zu vertreten, bzw. rechtzeitig zu intervenieren.

WO IST DIE KAMMER DER WIRTSCHAFTSTREUHÄNDER?

Wir sind zwar in zahlreichen internationalen Fachgremien (IFAC, FEE, EFAA, CFE usw.) vertreten, haben aber **keine ständige Vertretung** in Brüssel und betreiben auch kein Lobbying. Unser von 12/2005 bis 12/2008 mit der deutschen Bundessteuerberaterkammer unterhaltendes Vertretungsbüro wurde aus Kostengründen (20% Kostenanteil) beendet. Die dahinter stehende Strategie des damaligen Präsidiums kann ich nicht nachvollziehen.

Um diese Bewegungen gegen unseren Berufsstand zu stoppen, bzw. einzubremsen brauchen wir dringend **wissenschaftliche Studien** über den volkswirtschaftlichen Mehrwert unseres Berufsstandes, vor allem in der Optimierung der Bürokratiebewältigung und betriebswirtschaftlichen Beratung für den Erfolg unserer Mandanten und auch als „Unterstützer“ der Steuererhebung

und Steuereinhebung. Da die nationale Gesetzgebung immer mehr von Brüssel gelenkt wird, brauchen wir auch mehr **Lobbying und eine ständige Vertretung in Brüssel.**

Es ist bereits fünf vor zwölf: Anstatt Millionen in Werbeschaltungen bei regionalen Zeitungen auszugeben, sollten wir dort investieren, wo die zukünftigen Chancen für die Weiterentwicklung des Berufsstandes liegen. Wir sollten gemeinsam mit den Ländern, die eine vergleichbare Berufsstruktur (Steuerberater) haben, in Brüssel eine ständige Vertretung eröffnen (z.B.: Deutschland, Luxemburg), um für den Berufsstand zu lobbyieren und gegen die Vorurteile von Freien Berufen anzukämpfen.

Wenn wir weiterhin ein Freier Beruf bleiben und nicht Mitglied bei der WKO werden wollen, sollten wir den Deregulierungsmaßnahmen den Kampf ansagen und die Weiterentwicklung unseres Berufes durch Befugnisse, die der Markt von uns verlangt, vorantreiben.

Franz X. Priester, Präsident VWT

- 1 OECD World Economic Outlook (OECD 2015a und 2015b)
- 2 Wirtschaftspolitische Blätter 3/2015
- 3 Bilanzbuchhaltergesetz 2006

RECHTSAKADEMIE MANZ 

Spezialtagung

IMMOBILIEN- BESTEUERUNG NEU

Zeitsparendes Wissens-Update

Donnerstag, 22. September 2016
Hotel de France, Schottenring 3, 1010 Wien

In Kooperation mit  TPA Horwath

Jetzt anmelden!
www.manz.at/rechtsakademie